

## **Auszug Protokoll Haushaltsberatungen 15./16.12.2020**

### **Teilhaushalt 4000**

Wir kommen zum **Teilhaushalt 4000** Schulen und Sport. Ich nehme Sie jetzt mit auf die **Seite 183**.

#### **Antrag 83 (Seite 183): Ausbau Ganztagesgrundschulen stoppen (AfD)**

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Als wir vor sechs Jahren mit dem Ausbau der Ganztagsgrundschulen angefangen haben, gab es eine Umfrage, die die Stadt angestrengt hat, auf deren Basis argumentiert wurde, dass Ganztagsgrundschulen ausgebaut werden müssen. 20 % der Befragten wollten gar keine Betreuung haben. Vom Rest war es ungefähr so, dass die Hälfte die Ganztagsgrundschule wollte und die andere Hälfte wollte die konventionelle Grundschule mit einer Hortbetreuung nachmittags, weil die Hortbetreuung flexibel ist, im Gegensatz zur reglementierten Ganztagschule. Dieser Anteil von 35 % der Befürworter der Ganztagsgrundschule ist jetzt erreicht mit dem Ausbau der Ganztagsgrundschulen. Wenn wir also weiter Ganztagsgrundschulen einführen würden, würden wir dem Willen der Bevölkerung nicht mehr entsprechen, sondern letztendlich gegen den Willen der Bevölkerung weiter Ganztagsgrundschulen ausbauen. Deswegen plädieren wir dafür, damit jetzt aufzuhören.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Selbstverständlich bleiben wir dabei, dass wir die Ganztageschulen in unserer Stadt weiter ausbauen. Die Ganztagschule ist ein hervorragendes Angebot für Kinder mit allen Begabungen und allen Potentialen. Sie ist eine rhythmisierte Schule, in der Freizeitangebote mit Unterricht kindgerecht und optimal umgesetzt werden können. Die Zeiten sind so, dass immer mehr Familien dieses verlässliche und gute Angebot nutzen. Ganztags ist ohnehin eine Aufgabe des Landes. Von daher stehen wir zum Ausbau der Ganztagschule. Man muss dazu sagen, dass keine Eltern gezwungen werden, ihr Kind in eine Ganztagschule zu geben. Das ist nach wie vor ein freiwilliges Angebot. Dieses gute Angebot wollen wir überall in den Stadtteilen den Eltern zur Verfügung stellen. Dann können die Eltern tatsächlich wählen, ob sie eine Halbtagschule oder eine Ganztagschule wollen. Deshalb bleiben wir dabei. Wir werden den Ausbau konsequent weiter fortsetzen.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Auch dieser Antrag bedient wieder ein Narrativ nach dem Motto „Ganztags versus Hort“. Ich denke, das ist nicht zielführend. Wir haben immer gesagt, wir brauchen einen bedarfsgerechten Ausbau der Ganztageschulen und werden sukzessive zustimmen, wenn es bedarfsgerecht ist. Wir brauchen aber sicherlich in dem Bereich Ganztagesausbau – aber das ist nicht Thema – eine stärkere Fokussierung, vielleicht auch auf die gebundene Form. Und alternativ dazu einen Halbtags mit ergänzender Betreuung, auch mit Hort. Aber das hat nichts damit zu tun, den Ausbau zu stoppen, wenn er gefordert wird. Außerdem, wie Kollegin Rastätter schon sagte, ist es eine Aufgabe, die insbesondere das Land zu tun hat und mit der die Stadt nur als Träger der Schulen mitverbunden ist. Von daher hat dieser Antrag hier nichts verloren.

**Stadträtin Uysal (SPD):** Am 24.11.2015 wurde hier im Gemeinderat mehrheitlich beschlossen, dass die Ganztagschulen das Basismodell der Schule-Kind-Betreuung darstellt und der Betreuungsbedarf zunächst hierüber gedeckt werden soll. Dieses Angebot wird bedarfsweise

durch eine flexible Nachmittagsbetreuung ergänzt. Hinzu kommt, dass wir weitere Betreuungsangebote neben dem Basismodell Ganztagschulen haben, wie zum Beispiel den Hort. Dieser Antrag, der übrigens im letzten Haushalt wortgleich beantwortet wurde, möchte den Ausbau der Ganztagschulen stoppen. Er möchte nicht nur den Ausbau stoppen, sondern auch die Wahlfreiheit der Eltern einschränken und die vielfältige Schullandschaft hier vor Ort nicht respektieren. In jüngster Zeit haben wir neben der Ganztagschule auch vielen weiteren Betreuungsmodellen zugestimmt. Ich erwähne hier nur Knielingen. Ihr Antrag geht ideologischen Vorstellungen nach und ist deshalb nicht zielführend. Zielführend wäre, sich zu überlegen, wie man es schafft, Parallelstrukturen abzubauen und gleichzeitig gezielt zu erwähnen, an welchen Standorten Hortplätze von Bedarf sind. Wir haben den Eindruck, dass Sie zum wiederholten Mal Hortplätze fordern, ohne dabei eine konkrete Vorstellung für die Umsetzung und ein Konzept zu haben. Deshalb ein klares Nein auch heute.

**Der Vorsitzende:** Das waren jetzt alle Wortbeiträge. Dann kommen wir zur Abstimmung. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 84 (Seite 183): Kostenloses Mittagessen an Ganztageschulen (DIE LINKE.)**

**Antrag 85 (Seite 183): Benutzungsentgelte für verlässliche Grundschulen streichen (DIE LINKE.)**

**Antrag 86 (Seite 183): Kostenlose flexible Nachmittags- und Ferienbetreuung (DIE LINKE.)**

**Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.):** Dieser Redebetrag behandelt dann auch alle weiteren Anträge im Bereich Bildung. Für uns als LINKE. ist das Thema, ein sozialgerechtes Bildungssystem zu schaffen, ein Kernanliegen. Dieses sozialgerechte Bildungssystem ist nicht nur das, was wir über Lehrpläne sicherstellen können, sondern auch über den Zugang für Menschen mit geringem Einkommen, besonders für die Kinder und Jugendliche, nämlich den Weg zur Schule kostenlos zu gestalten, das Mittagessen, die Betreuung danach und viele weitere Themen. Auch vor der Schule die gebührenfreie Kita und danach auch das Thema Fachschulen. Das ist ein Bereich, den wir als sehr wichtig erachten und in dem wir weiterhin nächste Schritte gehen müssen, wohlwissend, dass wir eine schwierige Finanzsituation haben. Aber wir sind einen Weg gegangen. Wir können ihn nur Schritt für Schritt gehen. Leider wurden unsere Finanzanträge vorhin abgelehnt. Sonst hätten wir ein dementsprechendes Volumen gehabt, um alle Anträge zu machen. Wir halten aber weiterhin an den Anträgen fest. Sie sind richtig. Wir müssen daran arbeiten, dass alle Kinder aus Familien mit geringem Einkommen einen guten Zugang zum Bildungssystem haben. Deshalb werden wir die Anträge auch zur Abstimmung stellen.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Auch uns liegen ein hervorragendes Bildungswesen und sozialgerechte Angebote für Familien sehr am Herzen. Aber gerecht ist nicht, dass man alle über einen Kamm schert, sondern Gerechtigkeit liegt darin begründet, dass wir diejenigen unterstützen, die mehr Unterstützung brauchen. Das sind in unserem Falle in unserer Stadt die armen Familien, die Familien mit besonderen schwierigen Lebenslagen. Hier haben wir über den Kinderpass die Möglichkeit, einen immer höher werdenden Anteil von Kindern und ihre Familien stärker zu entlasten. Von daher ist es gerecht, wenn wir von denjenigen, die angesichts der schwierigen Haushaltslage ihren Beitrag leisten können - die Beiträge sind ohnehin in Karlsruhe sehr moderat - weiterhin Gebühren verlangen. Das betrifft auch das Mittagessen. Unser Ziel ist, an allen Ganztageseinrichtungen ein Schulmittagessen, ein Mittagessen in den Kindertagesstätten von hoher Qualität anzubieten. Das hat hohe Priorität, mit hervor-

genden Produkten, kindgerecht usw. Das sind für uns die zentralen Ziele, auch immer mehr Bioqualität anzubieten. Von daher ist es so, dass bei Kindern mit Kinderpass gerade auch die Eltern entlastet werden von den Kosten für das Schulmittagessen. Daher sehen wir keine Notwendigkeit, das Schulmittagessen für alle kostenlos anzubieten. Aber wir stehen für soziale Gerechtigkeit und Entlastung von allen, die diese Unterstützung brauchen.

**Stadträtin Meier-Augenstein (CDU):** Ich spreche jetzt auch für die Anträge Nrn. 84 – 86. Das Ansinnen dieser Anträge, belastete Familien zu unterstützen, ist gut und richtig. Auch meiner Fraktion ist Bildungsgerechtigkeit sehr wichtig. Ich denke aber, dass wir auch in den vergangenen Jahren gezeigt haben hier im Haus, dass wir viele Dinge unternehmen, um diese Bildungsgerechtigkeit auch weiter zur Verfügung zu stellen. In diesen Anträgen sehen wir jetzt nicht, dass der kommunale Haushalt einspringen müsste. Denn es gibt – die Kollegin hat es schon gesagt – verschiedene Möglichkeiten, die Erstattungen zu bekommen, zum einen über den Karlsruher Kinderpass, es ist ein Ferienbetreuungsangebot möglich, das Bildungs- und Teilhabepaket übernimmt manche Leistungen. Gerade beim Mittagessen möchte meine Fraktion auf die vielen privaten Initiativen hinweisen, die hier unterstützend tätig sind. Ich denke an den Karlsruher Kindertisch, der jeden Tag 500 Mittagessen bezahlt, über Spenden privater und institutioneller Organisationen, für Kinder, die sonst kein warmes Essen bekommen in unserer Stadt. Ich denke, dieses Paket insgesamt ist schon gut. Deswegen müssen wir heute diese Anträge ablehnen.

**Stadträtin Uysal (SPD):** Ich werde mich kurzhalten. Die Kollegin Rastätter hat es schon formuliert. Wir werden auch heute diesem Antrag nicht zustimmen.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Ich bewundere die linke Medienstrategie. Ich finde das ganz elegant und intelligent, dass man immer sein Programm hier im Gemeinderat als Schaufenster für die Medien darstellt, auch wenn man weiß, dass es abgelehnt wird. Kompliment für die Medienstrategie. Das ist nicht nur heute sehr deutlich. Das ist generell eine sehr intelligente Medienstrategie.

Wir sind alle an den Schulen interessiert. Bei dem Mittagessen ist es sogar so, dass wir das als FDP-Gemeinderatsfraktion vor acht Jahren im Haushalt auch vorgeschlagen haben. Aber es ist jetzt nicht die Zeit dafür. Deshalb lehnen wir das ab. Aber noch einmal: Ein Kompliment für die linke Medienstrategie. Die Medien gehen auch darauf ein.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Nur kurz eine Bemerkung zu den Fachschulen: Die Kosten sind im Vergleich der Städte in Baden-Württemberg für die Besucher dieser Fachschulen ganz unterschiedlich, auch die Kostendeckungsgrade sind ganz unterschiedlich. Aber es ist insbesondere interessant, dass die Städte mit den höchsten Kostendeckungsgraden bei weitem nicht die höchsten Kosten haben. Deshalb würde ich sagen, hier ist Optimierungsbedarf. Wenn man Beiträge senken will, sollte man erst darauf schauen, ob man die ...

(Zurufe)

Wir hatten vorhin das Thema mit den Fachschulen mit dabei. Deswegen spreche ich jetzt zu dem Thema. Deshalb sollte man erst einmal schauen, ob man Optimierungspotential hat, um die Kosten zu senken für die Schüler, ohne dass wir auf Einnahmen verzichten.

**Der Vorsitzende:** Ich würde vorschlagen, dass wir über die Anträge Nrn. 84 – 86 hintereinander abstimmen. Ich sehe jetzt keinen Widerspruch. Dann rufe ich den Antrag Nr. 84, DIE LINKE., kostenloses Mittagessen an Ganztagschulen, auf. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich rufe auf Antrag Nr. 85, ebenfalls DIE LINKE., Benutzungsentgelte für verlässliche Grundschule streichen. – Auch das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir kommen zum Antrag Nr. 86, ein Antrag DIE LINKE., Kostenlose flexible Nachmittags- und Ferienbetreuung. – Das ist auch eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich möchte generell noch einmal darauf hinweisen, dass wir an anderer Stelle sicherlich auch noch darüber reden, wie wir die Verbesserung der Lebenssituation von armen Familien in den Griff bekommen. Wobei ich glaube, dass wir im interkommunalen Vergleich schon sehr gut aufgestellt sind. Ich habe im Moment manchmal den Eindruck, es entsteht der Eindruck, nur was umsonst ist, ist gut. Das passt aber nicht zu unserem Gesellschaftsmodell, wenn man zum Beispiel gleichzeitig fordert, dass es angemessene Tarifierhöhungen für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt, wozu ich mich ausdrücklich bekenne. Aber dann ist umgekehrt unlogisch zu sagen, alles, was die öffentliche Hand anbietet, muss aber umsonst sein. Nur dann ist es wirklich gerecht. Da bitte ich noch einmal alle, die auf der Linie liegen, nachzudenken, ob das von der Bevölkerung dann auch immer so gesehen wird.

**Antrag 87 (Seite 183): Schulgelder an Fachschulen absenken bzw. abschaffen (SPD, KAL/DIE PARTEI)**

**Antrag 87 a (Seite 183): Schulgelder an Fachschulen absenken bzw. abschaffen (DIE LINKE.)**

**Antrag 88 (Seite 183): Schulgelder an Fachschulen absenken bzw. abschaffen (GRÜNE)**

**Stadträtin Uysal (SPD):** Wie bereits im Mai 2019 und in meiner Haushaltsrede angekündigt, freue ich mich heute darauf, diesen Antrag einbringen zu dürfen. Wie wir wissen, besteht an allen öffentlichen Schulen, mit Ausnahme der Fachschulen, Schulgeld- und Lernmittelfreiheit. Gerade die Techniker- und Meisterweiterbildung ist für unsere Region im wahrsten Sinne des Wortes wertvoll, wenn nicht gar essentiell. Mit der Weiterbildung an den Fachschulen ist es möglich, dringend benötigte Fachkräfte mit hoher Qualifikation nach Karlsruhe zu locken, von denen dann viele anschließend hier bei uns bleiben. Die Gebühren der Fachschulen in Karlsruhe sind landesweit die höchsten und liegen deutlich über denen anderer Standorte. Gebühren sind für angehende Fachschülerinnen und Fachschüler wichtige Entscheidungskriterien bei der Wahl des Standortes, wenn man auch noch bedenkt, was diese Schülerinnen und Schüler noch alles bezahlen müssen, wie Miete, Fachliteratur, Computer usw. Wir stehen landesweit und sogar teils bundesweit und jetzt noch mit Stuttgart in Konkurrenz. Um dringend benötigte Fachkräfte für die Region zu gewinnen, ist es unumgänglich, die Schulgelder abzuschaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNE-Fraktion, ich bin etwas irritiert über Ihren Antrag. Ich meine mich zu erinnern, als ich diesen Antrag im Mai 2019 eingebracht hatte, haben Sie, Frau Rastätter, ganz eloquent für die Gebührenabschaffung plädiert. Heute sprechen Sie von einer Reduzierung. Wir finden eine Reduzierung nicht zielführend. Nicht zielführend deshalb, weil wir unseren Standort dadurch nicht attraktiv machen. Die Schülerinnen und Schüler werden trotzdem die kostenneutralen Angebote in unmittelbarer Nachbarschaft bevorzu-

gen. Investitionen in Fachschulen sind unmittelbare Zukunftsinvestitionen für den lokalen Wirtschafts-, Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Lassen Sie uns doch gemeinsam für das Weiterbestehen der Fachschulen mit der Gebührenabschaffung ein klares Signal setzen, ein klares Signal für Bildungsgerechtigkeit und ein klares Signal für Fachkräfte sichern. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie diesen Antrag unterstützen.

**Stadträtin Großmann (GRÜNE):** Ich möchte darauf hinweisen, dass wir bei unserem Antrag eine Änderung vornehmen möchten. Statt der 35 % Reduktion schlagen wir jetzt 50 % vor.

Ich möchte noch einmal darauf eingehen, wie unsere Gedanken dazu sind. Wir sind auf jeden Fall auch für Bildungsgerechtigkeit. Aber mit den hier aufgeführten Bildungszentren setzen bereits gut ausgebildete Menschen ihre Berufskarriere durch eine Zusatzausbildung fort. Das ist in keinem anderen Bereich zwingend kostenlos. Wir GRÜNE wollen die Gebühren dieser Bildungszentren an die von anderen Standorten angleichen. Das ist gerecht. Denn Karlsruhe liegt mit seinen Semesterbeiträgen im oberen Bereich zu vergleichbaren Standorten. Mit einer Reduktion der Gebühren um 50 % ist eine Angleichung auf jeden Fall gewährleistet. Eine Abwanderung an andere günstigere Schulen ist dann nicht mehr erforderlich. Kein Mensch fährt, wenn er oder sie in Karlsruhe lebt, jeden Tag mit dem Auto oder mit der Bahn nach Stuttgart, weil dadurch 100 Euro im Monat gespart werden. Die Zeit spielt auch noch eine Rolle. Mit diesem Antrag können wir sicherstellen, dass diese Schulen gegenüber anderen in Baden-Württemberg oder Deutschland konkurrenzfähig bleiben. Wir sind auf jeden Fall der Meinung, dass ein Teil der Gebühren für Fachschüler\*innen und Meister\*innen bei berufsaufbauenden Bildungszentren wie diesen zumutbar sind.

**Der Vorsitzende:** Wir haben es mit drei Anträgen zu tun. Der dritte Antrag kommt von DIE LINKE.

**Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.):** Nur ganz kurz: Wir begrüßen, dass wir sehen, dass es doch einen Unterschied macht, wie Kommunalwahlen ausgehen, dass wir heute einen wunderbaren Kompromiss hinbekommen können und einen wichtigen Schritt in Richtung eines guten, qualitativ hochwertigen Bildungssystems in Karlsruhe gehen und an einem Baustein eine Veränderung vornehmen können. Ich glaube, das ist ein wirklich gutes Zeichen, das wir heute in die Gesellschaft aussenden, nämlich dass Weiterbildung auch honoriert und unterstützt wird seitens der Stadt. Zusätzlich zu dem, was wir bereits heute alles unterstützen, wohlgemerkt.

**Stadtrat Ehlgötz (CDU):** Lieber Kollege Marvi, das letzte Mal hatte ich wirklich die Hoffnung, dass die Sozialdemokratie in Karlsruhe die Wirtschaft versteht. Denn Sie haben einen prägenden Satz zu mir gesagt, als es um kostenlosen ÖPNV ging: Richtiger Antrag, falscher Zeitpunkt. Sie können sich erinnern.

Jetzt möchte ich aber auf diesen Antrag eingehen, der von einer großen Mehrheit dieses Hauses gestellt worden ist. Es ist alles richtig, was gesagt wurde. Das Entscheidende ist, wir dürfen in Karlsruhe keinen Kurs an den Berufsschulen verlieren. Denn wird ein Kurs nicht mehr stattfinden, weil die Schülerzahlen nicht mehr stimmen, dann wird es unheimlich schwierig sein, diesen Kurs im kommenden Jahr neu aufzulegen. Ein ganz entscheidendes Steckenpferd von uns ist es, dass wir die Möglichkeit haben, Facharbeiter mit den Techni-

kern, mit den Mastern hier für unsere Region zu gewinnen. Deshalb ist dieser Antrag mehr als richtig.

Jetzt ist es natürlich nicht ganz einfach. Es ist ein relativ hoher Betrag. Wir reden von 712.000 Euro pro Jahr. Wir haben uns in der Fraktion folgenden Kompromiss überlegt und würden Ihnen den gern vorschlagen: Wir würden die gesamte Summe mitgehen, würden aber sagen, dass wir erst mit dem Doppelhaushalt 2022/23 starten, weil wir auch meinen, dass wir den Schulen eine gewisse Vorlaufzeit geben müssen. Die müssen die Kurse immer ausschreiben. Sie werden auch bundesweit ausgeschrieben. Ich glaube, dass das eine gewisse Vorlaufzeit braucht und wir im kommenden Doppelhaushalt den gesamten Betrag mittragen würden beziehungsweise heute einen Grundsatzbeschluss. Dafür bitten wir um Ihre Unterstützung für den Doppelhaushalt 2022/23.

**Stadtrat Jooß (FDP):** Wie immer, in meiner Brust schlagen zwei Herzen. Ich bin selbst Meisterschüler. Ich würde natürlich gerne die Meisterschüler unterstützen. Aber erstens ist es Landessache, und zweitens haben wir im Moment die Corona-Krise, wo wir das gar nicht leisten können. Ich könnte mir aber vorstellen, dass wir dem Vorschlag der CDU folgen und dem zu einem späteren Zeitpunkt zustimmen.

**Der Vorsitzende:** Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen, möchte nur noch einmal darauf hinweisen, dass man das Thema Bildungsgerechtigkeit an der Stelle insofern hinterfragen muss, als es hier um eine Weiterbildung geht, eine Qualifizierung. Ansonsten sind Qualifizierungen und Weiterbildung anderswo auch nicht kostenfrei. Wir haben durchaus auch bei den Volkshochschulen nicht den Anspruch, alle Computerkurse für Menschen, die in Arbeit stehen, jetzt kostenfrei zu machen, auch wenn die sicherlich ebenso zur Weiterbildung oder Qualifizierung gehören. – Erster Punkt.

Zweiter Punkt. Ich habe auf Landesebene als Bildungspolitischer Sprecher auch für die Fachschulen immer das Wort ergriffen. Aber ich betrachte es als Landesaufgabe, dafür zu sorgen, dass das Land Baden-Württemberg denselben Kurs einschlägt wie viele andere Bundesländer auch, dass man nämlich die entsprechenden Fachschulen kostenfrei macht.

Und Drittens. Ich habe bei vielen Verabschiedungen erlebt, dass die Familien sehr intensiv versuchen, einen solchen Fachschulbesuch möglich zu machen, und hatte bisher nicht den Eindruck, dass es immer an finanziellen Mitteln mangelt. Ich hätte großes Verständnis dafür, das im Rahmen des Karlsruher Passes abzubilden für diejenigen, die es aus eigenen Mitteln nicht möglich machen können.

Und Viertens. Es gibt ein Weiterbildungsgesetz. Und es gibt vor allem auch die Möglichkeit von Arbeitgebern, die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter zu fördern. Wenn wir jetzt öffentlich erklären, wir sind für die kostenfreien Fachschulen, wird kein Betrieb mehr den Meisterkurs seines Mitarbeiters mitfinanzieren, was es heute zum Teil in Betrieben noch gibt. Auch das nehmen Sie ein Stück weit in Kauf. Das müssen Sie einfach wissen.

Jetzt habe wir drei verschiedene Antragsituationen.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Nur noch einmal ganz kurz. Es ist zwar formal richtig oder politisch kann es richtig sein, auf das Land zu verweisen. Aber wir stehen doch – das ist

mit ein Ausgangspunkt – in direkter Konkurrenz mit Stuttgart und anderen Berufsfachschulen. Die senken oder gehen auf Null mit den Schulgeldern. Daran müssen wir uns als Karlsruher Schulen orientieren. Deswegen macht der Antrag schon Sinn.

Was mich allerdings noch einmal interessieren würde, was die CDU konkret für einen Vorschlag hat, den sie hier auch zur Abstimmung stellen will. Mir ist das Prozedere im Moment nicht ganz klar.

**Der Vorsitzende:** Das werde ich Ihnen gleich erklären. Ich glaube, ich habe es verstanden.

Die Konkurrenz ist aus meiner Sicht nicht Stuttgart. Sie haben aber insofern Recht, als es im benachbarten Rheinland-Pfalz auch dafür keine Gebühren gibt. Da gibt es in der Tat eine nennenswerte Konkurrenz. Ich will auch gar nicht gegen das Inhaltliche sprechen. Ich wollte nur noch einmal deutlich machen, dass es an anderen Stellen eigentlich die Anknüpfungspunkte gibt, etwas zu verändern, und wir als Kommune eine Aufgabe wieder einmal übernehmen, wo ich denke, anderswo müssten eigentlich die Entscheidungen fallen.

Die weitestgehenden Anträge sind 87 und 87 a, die Schulgelder an Fachschulen absenken und sofort diese 712.800 Euro einzustellen. Es gibt jetzt einen zweiten Antrag, das ist derselbe Antrag, den ich eben genannt habe plus dann den Vorschlag der CDU, das erst ab dem Haushaltsjahr 2022 durchzuführen. Und es gibt einen dritten Antrag. Das ist der von den GRÜNEN, der jetzt allerdings noch einmal verändert wurde, wo Sie auf 50 % der Summe gehen. Dann müsste man ab dem Jahr 2021, wenn ich es richtig gerechnet habe, 356.400 Euro einstellen. So würde ich jetzt die verschiedenen Anträge zur Abstimmung stellen.

(Zurufe)

Der weitestgehende Antrag ist, sofort diese 712.800 Euro einzustellen. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Das ist eine **Ablehnung**.

Jetzt kommt der zweite Antrag. Das ist auch der über 712.800 Euro, aber das Ganze erst ab 2022 einzuführen.

**Stadtrat Marvi (SPD):** Könnten wir bitte für eine Minute unterbrechen? Das ist die Reihenfolge? Das heißt, wir stimmen über die CDU ab und erst dann über GRÜNE usw.

**Der Vorsitzende:** Genau. Denn das ist der weitergehende Antrag.

**Stadtrat Marvi (SPD):** Dann würde ich jetzt für eine Minute um Unterbrechung bitten.

**Der Vorsitzende:** Dann unterbrechen wir für zwei Minuten.

(Unterbrechung der Sitzung von 11:39 Uhr bis 11:45 Uhr)

Können wir dann weitermachen? Was Sie jetzt noch nicht geklärt haben, werden Sie die nächsten 10 Minuten auch nicht klären.

Ich werde beide Anträge zur Abstimmung stellen, weil das zum einen eine Beauftragung ab 2022 ist, und das andere ist die sofortige Einstellung der Hälfte der Summe. Da wir im Jahr 2021 das Ganze sowieso erst ab Herbst organisiert bekommen, würde die Summe so gesehen ausreichen. Insofern ist für uns schon wichtig, was Sie dann ab 2022 wollen. Denn sonst macht das keinen Sinn.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Kurz noch einmal die Nachfrage, da es doch schon relativ eng ist für dieses Schuljahr. Da gibt es zum Teil schon Anmeldungen. Ist es überhaupt noch realistisch machbar. Das war unser Grund zu sagen, wir gehen dann in das Jahr 2022/23.

**Der Vorsitzende:** Wenn Sie das beschließen, bekommen sie es im besten Fall zurückgezahlt. Nach meiner Vorstellung müsste man es ab dem Schuljahr 2021/22 anbieten. Da die Anmeldungen erst im Februar/März sind, würden die Menschen noch mitbekommen, dass es umsonst ist. Das heißt, Ihre Idee, dass sich dann mehr Leute zu solch einer Qualifizierung bereitfinden, würde dann ab dem Schuljahr 2021/22 greifen. Vorher macht es keinen großen Sinn, denn die Anmeldungen laufen jetzt schon.

Sie beauftragen die Verwaltung mit einem Budget von 712.800 Euro, schon ab dem Schuljahr 2022 die kostenfreien Fachschulen in den Haushalt aufzunehmen. Da bitte ich Sie jetzt um Ihr entsprechendes Votum.

Herr Høyem, sollen wir die Abstimmung wiederholen? Wir müssen die Abstimmung wiederholen. Ich bitte noch einmal um ein Votum und bitte jetzt wirklich alle, konzentriert dabei zu sein. – Damit haben Sie das ab dem Jahr 2022 eingeführt. Dann wäre es systemlogisch, dass wir jetzt darüber abstimmen, dass wir den Betrag einstellen, der nötig ist, um es ab September 2021 schon durchzuführen. Ob das jetzt dann diese 356.000 Euro sind oder vielleicht nur 280.000 Euro ...

**Stadtrat Löffler (GRÜNE):** Das heißt, die Summe, die Sie jetzt vorschlagen, würde dann bedeuten September bis Dezember 0 Euro Schulgeld. Das kommt dann rechnerisch vielleicht auf das gleiche heraus wie wir vorgeschlagen haben, ist aber von der Idee, vom Ansatz her etwas ganz anderes. Deswegen ergibt sich daraus jetzt nicht unbedingt eine logische Zustimmung, nur weil der Betrag gleich ist, wenn die dahinterstehende Systematik eine ganz andere ist.

**Der Vorsitzende:** Dann stimmen wir jetzt über Ihren Antrag ab, dass wir für das komplette Kalender- und Schuljahr 2021 die Beiträge halbieren. Da bitte ich um Ihr Votum. – Auch das ist jetzt eine **Mehrheit**.

Das heißt, es wird jetzt etwas unübersichtlich. Wir haben im Jahr 2021 halbiertes Schulgeld ab Januar. Und ab Januar 2022 haben wir dann auf Null gesetzt. Wie wir das jetzt organisieren ...

**Herr Frisch (Schul- und Sportamt):** Für die Änderung der Schulgelder ist eine Satzungsänderung erforderlich. Wir könnten das frühestens ab Oktober machen. Das wäre das Semester im 2. Halbjahr 2021.



**Der Vorsitzende:** Können wir nicht folgendes miteinander vereinbaren? Sie geben uns jetzt die Option, dass wir es schon zum Schuljahr 2021/22 einführen können. Denn sonst müssten die zwei oder drei Monate Schulgeld zahlen und ab 2022 zahlen sie dann nichts mehr. Das ist Unsinn. Insofern wäre mein Vorschlag, abweichend von dem Antrag, den Sie gestellt haben, dass wir jetzt für 2021 die Mittel einstellen, dass es ab September oder Oktober 2021 dann für alle Kurse entsprechend gilt. So macht es Sinn. Dann müssten wir vorher noch eine entsprechende Schulgeldsatzung ändern.

(Zurufe)

Der Antrag der CDU in Ergänzung zu den anderen Anträgen war, ab dem Jahr 2022. Da ging es nicht um das Schuljahr 2022/23. Das habe ich anders verstanden. Dann müssen wir das noch einmal klären.

Sie haben 700.000 Euro eingestellt. Das brauchen Sie, um ein ganzes Jahr beitragsfrei zu bekommen. Damit ist doch klar, dass es ab Januar gilt und nicht ab September. – Ach so, für das nächste Schuljahr.

(Zurufe)

Aber dann brauchen Sie doch gar keine 700.000 Euro. Das macht jetzt keinen Sinn. Ich habe Sie so verstanden, dass Sie ab dem Kalenderjahr 2022 uns beauftragt haben ... - Nicht, na gut. Dann gab es eine Mehrheit, es ab September 2022 kostenfrei zu machen. Dann gab es jetzt den anderen Antrag der GRÜNE, dass wir das schon im Jahr vorher zur Hälfte reduzieren. Der hat jetzt auch eine Mehrheit gefunden. Das heißt, es gibt ab September 2021 eine Halbierung und ab September 2022 ... Okay, jetzt habe ich es verstanden. Vielen Dank.

Damit haben wir die Ziffer 87, 87 a und 88 auch hinter uns gebracht.

**Antrag 89 (Seite 183): Kostenfreie Fahrt für Schüler und Azubis KVV (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

**Antrag 90 (Seite 183): Aufhebung der Mindestentfernung für Grundschüler – Förderung Scoolcard (GRÜNE)**

**Stadtrat Löffler (GRÜNE):** Ich spreche dann auch gleich für den Antrag Nr. 90, Aufhebung der Mindestentfernung bei der Scoolcard. Das ist unser Vorschlag, wie wir die Beförderung für die Schüler\*innen unterstützen, die ganz explizit mit der Scoolcard nicht nur für den Schulweg gedacht ist. So ist es in der Idee auch nicht, sondern es geht auch darum, es Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen, auch in der Freizeit zu Sport-, Musik-, Kulturangeboten mit dem ÖPNV zu fahren, wie sonst auch. Da ist es aus unserer Sicht in keiner Weise zielführend, wenn ein Unterschied bezogen auf den Wohnort gemacht wird. Da können Menschen zwei Häuser nebeneinander wohnen und manches Grundschulkind zahlt 10 Euro im Monat und manches 40 Euro im Monat. Das ist aus unserer Sicht keine faire Staffelung der Beiträge oder andersherum gesehen, der Zuschüsse bei der Scoolcard. Deswegen plädieren wir für die Ablehnung.

Wir haben aber auch gesehen, dass die Verwaltung nicht sonderlich viel Informationsgrundlage anbieten konnte in der Stellungnahme. Auch dem KVV liegt es nicht vor, dass nicht dif-

ferenziert werden kann, wie viele Kinder in welchem Alter und welcher Schulart diese Scoolcard benötigen, weswegen auch diese aus unserer Sicht nicht ganz zielführende Stellungnahme zustande gekommen ist, weil sie überhaupt nicht berücksichtigen, wie viele Kinder es aktuell betrifft und wie viele eventuelle Neukunden und Neukundinnen dazukommen, wo sich dann auch die Einnahmen erhöhen. Deswegen halten wir den Antrag aufrecht. Aber ich denke, wenn wir ihn nicht durchsetzen, dann werden wir dieses Thema weiterverfolgen, um auch diese Zahlengrundlage noch einmal auf sichere Füße zu stellen.

**Stadtrat Maier (CDU):** Auch ich spreche für Antrag Nr. 89 und Nr. 90 gemeinsam. Ich habe an anderer Stelle schon öfter gesagt, dass der KVV ein Erfolgsmodell ist. Es ist in dem Fall dann auch nicht zielführend, wenn die Stadt Karlsruhe jedes Mal eine Extrawurst backen will. Von daher ist das auch aus finanzieller Sicht nicht darstellbar. Wir lehnen ab.

Antrag Nr. 90, die Scoolcard hat, wie wir der Verwaltungsantwort entnehmen können, jetzt schon einen Zuschussbedarf von 1 Mio. Euro jährlich. Darüber hinaus noch einmal wiederkehrende haushaltsbindende Mittel hier einzustellen, kann nicht zielführend sein. Das können wir uns aktuell nicht leisten. Von daher lehnen wir auch diesen Antrag ab.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Bei dem Antrag Nr. 89 sprechen die Zahlen für sich. Da will ich unsere Ablehnung nicht weiter begründen, als dass jährlich 20 Mio. Euro notwendig wären.

Ich möchte jetzt auf den Antrag der GRÜNEN, Ziffer 90, näher eingehen. Als SPD-Fraktion sind wir sicherlich keine Verfechter des Konzepts der Mindestentfernung. Kollege Löffler ist auf die Wichtigkeit von Freizeitmobilität eingegangen. Das sehen wir ähnlich, wobei der Schulweg noch einmal eine andere Priorität bei kommunalem Handeln, kommunaler Finanzierung haben muss, sich aus unserer Sicht eindeutig unterscheidet. Wenn das Beantragte, wie die GRÜNE-Fraktion es darstellt, quasi kostenneutral wäre, dann würden wir mit Freuden heute zustimmen. Die Verwaltung stellt aber dar, dass jährlich Millionen in noch offener Höhe notwendig wären. Deswegen sehen auch wir, dass es derzeit sicherlich nicht darstellbar ist. Ich fände es darüber hinaus aber sehr spannend, diese Diskrepanz aufzulösen. Vielleicht können wir diese vertiefte Debatte an anderer Stelle weiterführen.

**Stadtrat Jooß (FDP):** Die Sache ist eigentlich ganz einfach. Die GRÜNEN wollen Rad fahren und fördern das Rad fahren. Die Schüler, die nicht in der Grundschule sind, die schulortnah wohnen, können zu Fuß gehen. Die Schüler in den weiterführenden Schulen können Rad fahren, haben dann Bewegung. Die Kosten bleiben uns, auch bei den Verkehrsbetrieben, erspart. Deswegen lehnen wir beide Anträge ab.

**Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.):** Die FDP als Fahrradlobbyist ist auch eine neue Entwicklung. Aber grundsätzlich ist uns ein wichtiges Anliegen, den Schulweg kostenfrei zu gestalten. Wir haben es vor einem Jahr gestellt. Es wurde richtigerweise in die Haushaltsberatung verwiesen. Wir halten weiter daran fest, dass wir diese Richtung gehen werden. Später haben wir einen Antrag in Verbindung mit dem Karlsruher Pass, wo wir über ein überschaubares Finanzvolumen sprechen, wo wir hoffen, dass wir eine Mehrheit finden. Wir können zum GRÜNE-Antrag sagen, wir können die Argumentation gut verstehen und werden das auch heute unterstützen, weil es tatsächlich ein Ansatz ist, Diskrepanzen aufzuheben und Problemstellungen zu beseitigen in einem Umfang, den wir auch als Stadt Karlsruhe gewährleisten werden. Deswegen werden wir ihn auch unterstützen.

**Der Vorsitzende:** Damit kommen wir zur Abstimmung. Ich rufe den Antrag Nr. 89 auf, Kostenfreie Fahrt für Schüler und Azubis KVV (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.) – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag Nr. 90 steht zur Abstimmung, ein Antrag der GRÜNEN, Aufhebung Mindestentfernung für Grundschüler. Auch hier bitte ich um Ihr Votum. – Das ist auch eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 91 (Seite 183): Projektzuschuss „Kochen für’s Klima“ – Tischlein-Deck-Dich e. V. (DIE LINKE.)**

**Antrag 91 a (Seite 183): Projektzuschuss „Kochen für’s Klima“ – Tischlein-Deck-Dich e. V. (GRÜNE)**

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Der Verein Tischlein-Deck-Dich macht schon seit vielen Jahren eine hervorragende Arbeit, indem Ernährungsbildung von Grundschulkindern gefördert wird. Die haben das Kochmobil angeschafft, das KiKoMo, das dann an allen Grundschulstandorten Angebote machen kann. Jetzt geht es hier um den Bereich, 40 Kurse durchzuführen, Kochen für’s Klima, wo insbesondere der Klimaaspekt Gesunde Ernährung nachhaltig klimagerecht im Mittelpunkt steht. Wir wissen natürlich, dass gerade die Ernährungsbildung im Zusammenhang mit Biodiversität und Klimaschutz steht. Von daher ist es ein sehr gutes Anliegen. Die machen das auch wirklich hervorragend.

Es ist allerdings so, wir haben noch ein zweites Kochmobil in Karlsruhe, das seit einigen Jahren gefördert wird. Auch damals hatten wir GRÜNE das beantragt, das Slow Mobil von Slowfood, das ebenfalls vergleichbare Arbeit leistet. Mit diesen zwei Initiativen sind wir jetzt hervorragend aufgestellt in unserer Stadt. Das Slow Mobil bekommt 100.000 Euro schon seit einigen Jahren für diese wertvolle Bildungsarbeit, speziell für Grundschulkindern. Von daher sehen wir es jetzt als gerechtfertigt an, dass Tischlein-Deck-Dich als Initiative, die teilweise auch andere Schwerpunkte hat, für diese spezielle Arbeit Kochen für’s Klima gefördert wird mit 10.000 Euro. Es gibt auch viele Ehrenamtliche in dem Verein. Es gibt auch Sponsoren, so dass wir davon ausgehen können, dass diese wertvolle Bildungsarbeit auch so durchgeführt werden kann. Insofern hoffen wir auf die Unterstützung von 10.000 Euro, die dann vergleichbar ist mit dem, was das Slow Mobil von Slowfood derzeit auch bekommt.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Man muss zugestehen, dass das eine wirklich sehr gute Einrichtung ist. Es ist auch das Ziel nur zu unterstreichen, Kinder sehr früh heranzuführen. Nur muss man jetzt natürlich alles in einer Bezugnahme zu der Frage sehen, inwieweit ist eine Kommune verpflichtet, solche Dinge zu unterlegen, inwieweit sollte man nicht nachhaltig dafür sorgen, dass das in die Bildungspläne – soweit das nicht schon sowieso geschehen ist – aufgenommen wird. Ich glaube, dann hätten wir flächenhaft das Thema abgedeckt. Im Moment und in dieser Zeit, in dieser Lage, kann die CDU das leider nicht unterstützen.

**Stadträtin Moser (SPD):** Ich schätze die Arbeit des Vereins Tischlein-Deck-Dich sehr. Vor allem finde ich das Kochmobil überaus gelungen und geeignet, Kindern gesunde regionale Lebensmittel möglichst noch in Bioqualität nahezubringen. In den Schulen und bei Veranstaltungen wird das auch mit Kindern umgesetzt. Allerdings sehen wir hier, wie Renate Rastätter vorhin schon angesprochen hat, zu Slow Mobil Doppelstrukturen. Der Verein ist sehr aktiv,

was Sponsoren angeht. Wir hören immer wieder in SWR unter „Herzenssache“, dass man für den Verein Tischlein-Deck-Dich spenden kann. Wir lehnen in der jetzigen Haushaltssituation für diesen Haushalt die Ausweitung der freiwilligen Leistungen ab.

**Der Vorsitzende:** Das waren alle Wortmeldungen. Dann stelle ich die Anträge zur Abstimmung. Der weitergehende Antrag ist der der LINKE., einen einmaligen Projektzuschuss von 22.900 Euro. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich rufe auf den Antrag der GRÜNEN, einen einmaligen Projektzuschuss von 10.000 Euro. – Das kann nicht stimmen. Das müssen wir noch einmal wiederholen. Ich wiederhole die Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

### **Antrag 92 (Seite 183): Erhöhung Schulbudget (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

Möchten die Antragsteller das Wort? – Das sehe ich nicht. Dann stellen wir es gleich zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich möchte noch ergänzen zur **Seite 183**, zum einen über die 1. Veränderungsliste: Veränderungen in den Positionen Sachkostenbeiträge, Mehrertrag Schulgeld und Förderung von Schulen in freier Trägerschaft, anteilige Beschaffung Personalkosten durch den Landkreis Karlsruhe für Hausmeister der Hardtwaldschule. Desgleichen Aufwendungen für zwei neue Stellen für Freiwillige im Sozialen Jahr für den Ganztagsbereich und für die internen Vorbereitungsklassen an der Schillerschule. Übergang Schule und Beruf an allgemeinbildenden Schulen, Berufseinstiegsberatung an sieben allgemeinbildenden Schulen, dort der Finanzierungsanteil der Stadt. Dann Aufwendungen für die Schülerbeförderung, Betriebskostenzuschuss Hardtwaldschule, Mehraufwendungen für Schulschwimmen aufgrund entsprechender Corona-bedingter Veränderungen.

2. Veränderungsliste, selbe Seite im Haushaltsplan: Erhöhung des Zuschusses an die Europäische Schule, Digitalpakt Schule, Fördergelder zur Finanzierung und Qualifizierung von IT-Administratoren. Ich darf noch ebenfalls 2. Veränderungsliste darauf hinweisen: Verwendung von Zuschüssen aus dem Förderprogramm Corona-Schulbudget, entsprechende Haushaltsvermerke. Die lese ich jetzt nicht alle vor.

Dann kommen wir auf die **Seite 188**.

### **Antrag 93 (Seite 188): Sportförderung – Erhöhung Vereinszuschuss pro Mitglied: Kennzahlen und Konzept (AfD)**

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ich spreche jetzt auch für die folgenden Anträge. Ich habe es vorhin ausgeführt, wir wollten auf das Leichtathletik-Meeting verzichten und dieses Geld stattdessen für die Sportförderung ausgeben. Wir bleiben dabei, der Sport muss noch mehr gefördert werden. Förderung und Ehrenamt lohnt sich immer für die Stadt, denn man trägt nur einen sehr geringen Teil der tatsächlichen Kosten, die entstehen. Wenn man mit dieser Förderung mehr Ehrenamtliche dazu bringt, sich im Verein zu engagieren und Jugendliche und Menschen, die sich bewegen wollen, zu betreuen, dann zahlt sich das auf alle Fälle aus, weil die Gesundheit insgesamt zunimmt und weil es auch für den sozialen Zusammenhalt in

unserer Stadt wichtig ist und erst Recht in Krisenzeiten wie jetzt. Deswegen bitte ich um Unterstützung für unsere Anträge.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Ich würde jetzt auch für den Antrag Nr. 93 und dann für die Anträge Nrn. 96 und 97 sprechen. Denn das ist im Endeffekt das Gleiche. Wir haben vor drei Jahren die Sportförderrichtlinien neu überarbeitet. Da ist alles drin. Da muss man jetzt nicht wieder mit solchen Anträgen kommen. Aber es ist schon interessant, dieses Bedienen von diesen einseitigen Sachen. Die Flüchtlinge sind an der Wohnungsnot schuld. Die Ganztageschule ist an zu wenige Kindern in Sportvereinen schuld. Das ist einfach zu einfach, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD. Ich denke, wir haben in Karlsruhe einen sehr breiten Konsens im Bereich Sport, Bildung und haben wirklich sehr viel getan in letzter Zeit, dass man hier nicht mit solchen Anträgen immer wieder kommen und versuchen muss, irgendwelche Keile dazwischen zu treiben.

Wir lehnen diese drei Anträge ab.

**Der Vorsitzende:** Weitere Wortmeldungen habe ich nicht. Dann rufe ich die Ordnungsziffer 93 auf, den AfD-Antrag. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 94 (Seite 188): Sportförderung – Anpassung Sportförderrichtlinien (Sportkreis Karlsruhe e. V.)**

Hier wird die Erhöhung der Zuschüsse um 10 % begehrt, für Jugend, offene Freizeitsportangebote, Leistungssport, Zuschüsse zur Pflege und Unterhaltung vereinseigener Sportanlagen.

**Stadtrat Schmidt (GRÜNE):** Wir unterstützen den Antrag des Sportkreises, weil auch Sportvereine unter Mehrausgaben oder Mindereinnahmen durch die Corona-Pandemie leiden. Die Gründe sind im Antrag dargelegt: aufwändige Hygienekonzepte, geringere Auslastung von Kursen oder reduzierte Zuschauerzahlen. Deswegen glauben wir, dass der Antrag des Sportkreises für eine einmalige Erhöhung einen guten Beitrag leisten kann, dass Breitensport 2021 auch unter erschwerten Bedingungen wieder starten kann.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Wir sehen es genauso in diesem Bereich. Auch wenn die Kollegen von der AfD das nicht verstehen, hier handelt es sich um eine Corona-Sofortmaßnahme, so wie es auch im Antrag des Sportkreises beschrieben wird. In Ihren Anträgen handelt es sich um dauerhafte Erhöhungen, was nicht zielführend ist, weil wir eine sehr gute Sportförderung haben. Aber hier handelt es sich wirklich um eine einmalige Geschichte, da die Vereine gerade jetzt ächzen unter den Corona-Maßnahmen. Sie haben Mitgliederschwund. Sie haben auch das eine oder andere Problem in der Neuakquise und haben vor allem auch Mindereinnahmen im Bereich der Gastronomie. Von daher macht es absolut Sinn, dass wir auch als Kommunen unsere besitzenden Vereine, dieses Modell, auf das wir auch sehr stolz sind, hier unterstützen und diesem Antrag zustimmen.

**Stadträtin Moser (SPD):** Ich möchte auch zu unserem Antrag Nr. 95 sprechen und in den Antrag Nr. 94 des Sportkreises miteinschließen. Der Jugendzuschuss im Sport wurde von 313.000 Euro im Jahr 2020 auf 194.000 im Jahr 2021 gekürzt, was faktisch so nicht ist, weil die Haushaltsmittel gegenseitig deckungsfähig sind. Umso unverständlicher ist es für mich, dass ausgerechnet die Kürzung beim Jugendzuschuss ausgewiesen wurde und nicht ein an-

derer Posten, wie zum Beispiel die Sportveranstaltungen oder Veranstaltungen im gesamtstädtischen Interesse. Aus Sicht der SPD-Fraktion ist das nicht hinnehmbar und gerade in der jetzigen Zeit ein falsches Zeichen, da die Mittel bisher immer ausgeschöpft wurden und dringend benötigt werden. In den Sportförderrichtlinien sind die 15 Euro pro Jugendlichen festgeschrieben. Wir möchte gerne – und bitten auch, dass alle Fraktionen zustimmen -, dass das auch im Haushalt so ausgewiesen und ein anderer Posten dafür gekürzt wird.

Dies bedeutet für mich einen respektvollen Umgang miteinander und Wertschätzung für die ehrenamtlichen Tätigkeiten. Die Ausweisung ist ein starkes Signal für die Vereine. Den Antrag des Sportkreises auf 10prozentige Erhöhung für 2021 unterstützen wir den genannten Bereichen.

**Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR):** Der Förderung, die vom Sportkreis angefragt wird, folgen wir sehr gerne. Es handelt sich hier um eine Notsituation. Der wollen wir begegnen. Es handelt sich nicht um eine Aufstockung, sondern um eine Notsituation. Das macht den Unterschied aus. Deswegen sagen wir hier zu.

**Der Vorsitzende:** Jetzt müssen wir durch die Anträge durchgehen. Teilweise ist zu Anträgen geredet worden, die ich noch gar nicht aufgerufen hatte.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Uns ist egal, mit welchen Argumenten unser Antrag abgelehnt wird und ein anderer, wo es darum geht, den Sport zu fördern, für gutgeheißen wird. Wir tragen den natürlich trotzdem mit. Vor allem, da er nach den Unterlagen hier dauerhaft angelegt ist.

**Der Vorsitzende:** Ich rufe jetzt den Antrag Nr. 94 des Sportkreises auf. Da sind wir uns einig, dass es nur einmalig für das Jahr 2021 gilt. Dann bitte ich hier um das Votum. – Das sieht nach einer großen **Mehrheit dafür** aus.

#### **Antrag 95 (Seite 188): Sportförderung – Erhöhung Jugendzuschuss (SPD)**

Frau Stadträtin Moser, das ist aus unserer Sicht durch die 1. Veränderungsliste **erledigt**, weil wir es genau da korrigiert haben.

#### **Antrag 96 (Seite 188): Sportförderung – Unterhalt vereinseigener Sportanlagen (AfD)**

Den Antrag stelle ich gleich zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

#### **Antrag 97 (Seite 188): Sportförderung – Erhöhung Leistungssportförderung (AfD)**

##### **Lfd. Nr. 3 Liste Finanzierungsvorbehalt: Förderung von Leistungssportvereinsmannschaften der 1. und 2. Bundesliga (Vorlage 2020/0363)**

Ich rufe zunächst den Antrag der AfD auf und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Hierzu wollte ich noch etwas sagen. Wir hatten diesen Punkt dahingehend damals behandelt, dass er nach einem Jahr evaluiert werden und dann dauerhaft aufgenommen werden sollte, so wie es jetzt vorgesehen ist. Jetzt haben wir natürlich in dem Jahr 2020 überhaupt keine Erfahrungen sammeln können, dadurch dass fast keine Meister-

schaften stattgefunden haben. Von daher bitten wir darum, dies erst einmal abzuwarten. Es macht keinen Sinn, hier eine dauerhafte Förderung einzustellen, weil wir erst die Erfahrungswerte – so hatten wir uns damals auch geeinigt – sammeln wollen, ob dieser einzustellende Betrag überhaupt reicht. Das war damals die große Frage. Es ging jetzt leider mit dem Jahr 2020 nicht. Von daher wäre das – deswegen war mir das zu schnell in dem Bereich – eine andere Grundlage, dass wir das für 2021 einstellen einmalig, aber diese dauerhafte Förderung nicht einstellen. Da fehlt einfach die Grundlage zu sagen, es reicht oder es reicht nicht, weil die ganzen Maßnahmen so nicht stattfinden konnten.

**Der Vorsitzende:** Die Verwaltung kann sich dem anschließen. Wir würden dann unsere Beschlussvorlage so konkretisieren, dass es nur einmalig für 2021 eingestellt wird und wir das dann gegebenenfalls evaluiert in den Haushaltsberatungen 2022/23 festklopfen.

**Stadtrat Löffler (GRÜNE):** Herr Kollege Hofmann hat es korrekterweise angemerkt. Aber ich denke, dass wir auch 2021 noch mit einem Fragezeichen betrachten sollten, so dass eventuell eine tatsächliche Evaluation nur 2022, wenn wir dann auch optimistisch sein wollen, was die Krise angeht, stattfinden kann.

**Der Vorsitzende:** So hatte ich eben versucht, es darzustellen. Nur einmalig 2021 einstellen, dann evaluieren und dann für das Jahr 2022/23 wird es erneut ...

**Stadtrat Löffler (GRÜNE):** Ich denke nicht, dass wir 2021 wirklich eine Grundlage zur Evaluation haben. Das war meine Aussage. Aber vielleicht kann Herr Bürgermeister Lenz das einschätzen.

**Bürgermeister Lenz:** Wir haben für Ende April, wie in diesem Jahr auch, wieder eine Klausur vor. Dann kann man vielleicht schon evaluieren. In der neuen Normalität gibt es natürlich andere Evaluationsbedingungen. Insofern schauen wir, wie versprochen. Aber es war dieses Jahr nicht möglich. Insofern deckt es sich mit Ihrem Anliegen, Herr Stadtrat Hofmann und Herr Stadtrat Löffler.

**Der Vorsitzende:** Wir können festhalten, aber das ist eher etwas für die Prosa, dass wir nicht sicher sind, ob 2021 eine ähnlich gute Evaluation möglich ist. Umso mehr vereinbaren wir jetzt nur für 2021 etwas und würden es dann bei den Haushaltsberatungen für 2022 noch einmal neu diskutieren.

Dann stimmen wir jetzt über diese etwas veränderte Verwaltungsvorlage ab. – Das ist eine deutliche **Mehrheit**

**Antrag 98 (Seite 188): Sportförderung – Erhöhung Übungsleiterzuschüsse (AfD)**

Wir können den Antrag direkt zur Abstimmung stellen. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 99 (Seite 188): Sportförderung – Erhöhung Fahrtkostenzuschüsse (AfD)**

Ich bitte hier um Ihr Votum. – **Mehrheitlich abgelehnt**.

## **Antrag 100 (Seite 188): Sportförderung – Zuschusserhöhung für Sportveranstaltungen (AfD)**

Ich bitte gleich um Ihr Votum. – Auch das ist eine **Ablehnung**.

Auf der **Seite 188** verweise ich noch auf die angepassten Zahlen aus der 1. Veränderungsliste: Bereitstellung städtischer Frei- und Hallenbäder für Übungsabende der Vereine, laufende Sportförderung, Erbbauzins summenneutral mit dem Teilhaushalt Liegenschaften und Sportamt Digital, neue Software für die Verwaltung der Sportvereine sowie laufende Sportförderung, Mehrbedarf wegen Neufassung der Sportförderrichtlinien und Vereinsbelegungen, Mehraufwendungen Fächerbad, Erhöhung der Bäderpreise, WTA-Turnier usw.

Auf der **Seite 194** schlägt die 1. Veränderungsliste zu mit der Ausstattung der Schulen, mit Präsentationsflächen im Zusammenhang IT-moderne Schule, Mehrauszahlungen Mobiliar Schulprovisorium Ernst-Frey-Straße 3, Walter-Eucken-Schule. In der 2. Veränderungsliste steht der Digitalpakt Schule, die entsprechenden Fördergelder, Lehrkräfteausstattung.

Auf der **Seite 196** haben wir die IT-Mittel Stadtamt Durlach für Förderung von Entwicklungsprojekten bei Sportvereinen.

Wir können dann insgesamt auf die **Seite 196** gehen. Da gibt es eine Gemeinderatsvorlage, die das **Instandhaltungspaket für die ESG Frankonia (OZ 2 der Liste Finanzierungsvorbehalt)** begehrt. Der Punkt ist bereits im Haushalt aufgenommen und versehentlich auf der Liste. Das ist **erledigt**.

## **Antrag 101 (Seite 198): Sanierung und Umbau Theodor-Steinmann-Haus (Lehrlingswohnheim) – Hardstiftung (GRÜNE, SPD, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)**

**Stadträtin Moser (SPD):** Auszubildende in den Berufen Dachdecker, Tierpfleger, Verwaltungsberufe der Bundesagentur und andere, finden während ihres Blockunterrichts im Theodor-Steinmann-Haus eine preisgünstige Unterkunft. Es gibt in Karlsruhe mehrere Lehrlingswohnheime. Das Theodor-Steinmann-Haus ist das größte mit 100 Betten. Die Auslastung liegt bei nahezu 100 %. Und der Bedarf steigt. Im Schulbeirat haben wir gerade der Neueinrichtung einer Landesfachklasse für Elektroniker\*innen für die Gebäudesystemintegration zugestimmt. Das werden wir auch im nächsten Gemeinderat am 22. Dezember auf der Tagesordnung haben. Das Theodor-Steinmann-Haus, Ecke Garten-/Friedenstraße ist unverzichtbar für Karlsruhe. Allerdings ist es sehr in die Jahre gekommen und muss dringend saniert werden. Deshalb beantragen wir einen Kostenzuschuss in Höhe von 250.000 Euro für den nächsten Haushalt 2021.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Die CDU-Fraktion macht hier eine ihrer wenigen Ausnahmen aus der Einsparlinie, die wir grundsätzlich verfolgen bei den Haushaltsberatungen. Das Theodor-Steinmann-Haus hat dringenden Sanierungsbedarf. Der Brandschutz ist vonnöten. Wir sehen vor allem in dem Betrag auch eine Investition in die Zukunft, um das Wohnheim für Lehrlinge in den Handwerksberufen zu erhalten. Das ist eines der einmaligen Projekte in Karlsruhe. Der Bedarf von Lehrlingen an Wohnraum ist nötig, vor allem an preisgünstigem Wohnraum. Es ist eine Investition für den Bestand dieser Einrichtung.



**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir noch von anderen Trägern andere Lehrlingswohnheime haben. Sie machen hiermit möglicherweise ein Fass auf. Darauf möchte ich einfach nur hinweisen.

Dann kommen wir zur entsprechenden Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Ich würde alle an Landtagswahlen Beteiligte auffordern, die Übernahme der Unterbringungskosten in solchen Lehrlingswohnheimen noch einmal von der Landesseite einzufordern. Denn das neben den Fachschulen ein weiterer großer Nachteil für die entsprechende Landschaft in Baden-Württemberg, dass das Land bisher keine angemessene Unterstützung bei dieser Beherbergung bei Landes- und Bundesfachklassen übernimmt.

Wir kommen damit weiter auf der **Seite 198** zu einer Mitteilung über die Veränderung in der 1. Veränderungsliste. Hier ist der Investitionskostenzuschuss zur Ludwig-Guttmann-Schule noch angepasst worden.